*ASIEN, (April 2002) 83, S. 23-36*

# Sozialstrukturelle *cleavages*, Wählerbindung und politische Repräsentation in Japan

Carmen Schmidt

*By interpreting the cleavage-theory as a dynamic model of "freezing" and "unfreezing" of party systems and voter alignments, this paper tries to focus upon the relevant cleavage structures that conditioned the Japanese post-war party system. After its formation in 1955 it was mainly based upon an economical cleavage rooted in the conflict between capital and labour and a cultural cleavage founded on traditional vs. modern values. Since the early 70's we find a growing tendency of "unfreezing". Neither the LDP nor the JSDP could transform themselves into catch-all parties, for which reason the number of non-party supporters and floating voters dramatically increased. This dealignment brought about an instability of the party system and a great fluidity in party labels in the 90's. The present system seems to be rather based upon conflicts within the established elite than on social cleavages. The "unfreezing" of the system was accompanied by a dealignment of the LDP-elite from the social structure of the society and a tendency to form a closed power group. The political system's further untying from the social structure will yet cause a further weakening of the acceptance of the political system as a whole which could threaten Japanese democracy.*

Der Problemzusammenhang zwischen Sozialstruktur und politischer Ordnung gehört in den vergleichenden Sozialwissenschaften zu den klassischen Forschungsgebieten. Doch während westliche Gesellschaften häufig Gegenstand der Untersuchung waren, liegen zu Japan nur wenige ältere Studien vor. Dies gründet vor allem in der Popularität empirisch meist nicht überprüfbarer theoretischer Ansätze, die eine Einzigartigkeit und Homogenität der japanischen Gesellschaft behaupten und die Vergleichbarkeit mit westlichen Gesellschaften grundsätzlich verneinen. Demgegenüber muss eine von den Ergebnissen der westlichen *comparative-politics*-Forschung ausgehende Analyse klären, inwieweit der Entwicklung des Parteiensystems und der Wählerbindungen in Japan vergleichbare sozialstrukturelle Interessengegensätze zugrunde liegen oder ob hier andere Dimensionen sozialer Ungleichheit bzw. Strukturierungsmerkmale relevant sind. Dabei werden die Zusammenhänge untersucht zwischen der Sozialstruktur einerseits und andererseits dem Parteiensystem, der sozialen Basis der Unterstützerschaft und der Rekrutierung der politischen Repräsentanten.

## 1 Theoretisch-analytischer Bezugsrahmen

Der Zusammenhang von Sozialstruktur und politischem System ist insbesondere von Lipset und Rokkan komparativ untersucht worden. Der von ihnen entwickelten *cleavage*-Theorie zufolge führen sozialstrukturell verfestigte gesellschaftliche Kon-

fliktlinien (*cleavages*) zu Parteiengründungen. Die Entstehung von Parteien wird als Transformation sozialer Interessengegensätze in Parteialternativen interpretiert, wobei die Parteien durch politische Artikulation die Interessen gesellschaftlicher Gruppen aggregieren und sich somit relativ dauerhaft entlang der Hauptkonfliktlinien einer gegebenen Gesellschaft organisieren.

Den empirischen Untersuchungen von Lipset und Rokkan zufolge wurden die für die Formierung von Parteiensystemen in Europa relevanten Konflikte zum einen durch den Prozess der Nationenbildung und zum anderen durch die industrielle Revolution hervorgerufen. Diese Konflikte bestanden zwischen der zentralen *nation-building*-Kultur und ethnischen, religiösen oder sprachlichen Subkulturen einerseits und zwischen den entstehenden Nationalstaaten und den etablierten Kirchen andererseits. Im Zuge der industriellen Revolution kam es in der frühen Phase der Industrialisierung zu einer politischen Frontbildung zwischen Bourgeoisie und Großgrundbesitz bzw. zwischen landwirtschaftlichen und städtischen Interessen. Mit dem Anwachsen einer Industriearbeiterschaft gewannen Klassenunterschiede eine besondere Bedeutung, die sich im Zuge des allgemeinen Anstiegs des Lebensstandards und mit dem Entstehen einer neuen Mittelschicht jedoch abschwächten (Lipset/ Rokkan 1967: 14f., 22).

Lipset und Rokkan konstatieren für die europäischen Länder ein langfristig anhaltendes "Einfrieren" (*freezing*) der Parteiensysteme und der relevanten Konfliktstrukturen nach ihrer Formierung in den 20er-Jahren des 20. Jahrhunderts (Lipset/ Rokkan 1967: 50). Seit den späten 60er- und 70er-Jahren ist hingegen in westlichen Gesellschaften ein "Auftauen" (*unfreezing*) der Parteiensysteme und Wählerbindungen feststellbar (Rokkan nach Flora 2000: 34). Unabhängig von den konkreten Dimensionen sozialstruktureller Differenzierung kann die *cleavage*-Theorie daher als ein zyklisches Schema der Abfolge von Entwicklungskrisen in der historischen Entwicklung einer Gesellschaft verstanden werden, die zunächst zur "Kristallisierung" und dem "Einfrieren" von Konfliktkonstellationen führen, jedoch beim Auftreten neuer kritischer Phasen aufgebrochen werden und sich dadurch zu komplexen Konstellationen ausdifferenzieren.

## 2 Konflikte durch die industrielle Revolution und den Prozess der Nationenbildung in Japan

Konflikte im Zuge der Nationenbildung zwischen dem sich entwickelnden Nationalstaat und ethnischen, sprachlichen oder religiösen Subkulturen, wie sie sich typischerweise in den Staaten Europas fanden, besaßen in Japan aufgrund der numerischen Marginalität ethnischer und sozialer Minderheitengruppen historisch kaum eine Relevanz. Auch Konflikte zwischen dem Nationalstaat und den etablierten Rechten der Religionsgemeinschaften waren seit der Zerschlagung der militärischen Macht der buddhistischen Sekten durch Oda Nobunaga (1534-1582) und seinen Nachfolgern im Zuge der Reichseinigung im 16. Jahrhundert vergleichsweise marginal. Zudem besteht ein ausgesprochen synkretistischer Charakter der Religionsausübung, da sich die meisten Japaner verschiedenen Glaubensströmungen zuordnen und die Elemente der verschiedenen religiösen Strömungen, wie Shintôismus,

Buddhismus oder Konfuzianismus, gleichermaßen in das Alltags- und Kulturleben integriert sind (Flanagan/ Richardson 1977: 16).

Hingegen waren die durch die industrielle Revolution hervorgerufenen Konflikte auch in Japan von großer Bedeutung. Aufgrund der weiterhin starken Ausprägung des primären Sektors und der Tatsache, dass durch die Landreform von 1947/48 eine neue Schicht von selbstständigen Bauern entstand, war der Interessengegensatz zwischen primärem und sekundärem Sektor, der eher für die Frühphase der industriellen Entwicklung typisch ist, auch nach 1945 noch von Relevanz und wurde innerhalb der konservativen Parteifront aggregiert. Eine entscheidende Rolle für die Neuformierung des Parteiensystems kam dem Konflikt zwischen Kapital und Arbeit zu, der sich in den Nachkriegsjahren in der (Wieder-)Gründung von Linksparteien niederschlug. Allerdings bewirkte die vergleichsweise relativ schwache Ausprägung des sekundären Sektors, dass die industrielle Arbeiterschaft in Japan nie das Gewicht hatte, Wahlausgänge so zu beeinflussen, wie dies in anderen Industriestaaten der Fall war.

## 3 Gesellschaftliche Konfliktlinien und die Formierung der Wählerschaft 1955-1999

Im Jahr 1955 fanden die entscheidenden politischen Fusionen statt, die das japanische Parteiensystem in grundlegender Weise bis 1993 geprägt haben. Im Oktober 1955 vereinigten sich die beiden Flügel der Sozialistischen Partei Japans (*Nihon shakai tô*; SPJ)[1] und einen Monat später schlossen sich die beiden existierenden konservativen Parteien zur Liberal-Demokratischen Partei (*Jiyû minshu tô*; LDP) zusammen. Nach diesen beiden Parteifusionen verblieb neben LDP und SPJ vorerst nur die Kommunistische Partei Japans (*Nihon kyôsan tô*; KPJ) als — wenn auch noch relativ unbedeutende — Partei. Diese Fusionen beendeten eine Zeit permanenter Umstrukturierungen im Parteiensystem und etablierten das so genannte 1955er-System mit der LDP als Regierungspartei und der SPJ als stärksten Oppositionspartei.

Die Vereinigungen der beiden politischen Lager waren aufgrund starken äußeren Drucks entstanden. So forderte der Allgemeine Rat der Gewerkschaften Japans (*Nihon rôdô kumiai sôhyôgikai;* kurz: SÔHYÔ), die Wiedervereinigung der SPJ mit dem Ziel der Schaffung einer starken, regierungsfähigen sozialistischen Partei, während die Wirtschafts- und Finanzkreise (*zaikai*), insbesondere die Vereinigung der Wirtschaftsverbände (*Keizai dantai rengôkai;* kurz: KEIDANREN), nach einer stabilen konservativen Regierung verlangten (Masumi 1992: 35).

1 Die SPJ hatte sich 1951 nach Kontroversen über die Haltung zum Friedensvertrag von San Francisco (*Kôwa jôyaku*) und zum Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsvertrag (*Nichi-Bei anzen hoshô jôyaku*) in einen linken und einen rechten Flügel gespalten. Hauptstreitpunkt war hierbei, ob der Friedensvertrag mit allen alliierten Staaten, einschließlich der inzwischen ausgerufenen Volksrepublik China und der UdSSR, oder ohne die Letztgenannten abgeschlossen werden sollte. Der linke Flügel lehnte sowohl den Sicherheits- als auch den Friedensvertrag ab, während der rechte Flügel und die Mitte der Partei für den Friedensvertrag plädierten, aber gegen den Sicherheitsvertrag opponierten. Vgl. Stockwin 1992: 87ff.

Programmatisch traten die Konservativen für den Ausbau der politischen und militärischen Allianz mit den USA ein und forderten eine Revision der neuen Verfassung und jener essentiellen Reformen der Besatzungszeit (1945-52), die insbesondere die Arbeitsgesetzgebung, die Frage des in Art. 9 der Japanischen Verfassung verankerten Verbots von Streitkräften und das Bildungswesen betrafen sowie eine Erweiterung der politischen Rolle des Kaisers (Flanagan/ Reed 1996: 335; Watanuki 1991: 58). SPJ und KPJ hingegen opponierten gegen die Allianz mit den USA, unterstützten und verteidigten die neue Verfassung und bekämpften die von der LDP angestrebten Revisionen der Reformen (Abe et al. 1995: 116). Eine bedeutende Rolle für die Parteipräferenzen spielten die Industrie- und Bauernverbände einerseits und die Gewerkschaftsverbände andererseits.

In Anlehnung an Watanuki (1967) charakterisieren Flanagan/ Reed (1996: 334) die durch diese Parteienkonstellation verkörperte Hauptkonfliktlinie als *kulturell* bzw. auf unterschiedlichen Werthaltungen basierend. Sie argumentieren, dass die radikalen demokratischen Reformen der Besatzungszeit und die damit einhergehenden großen Veränderungen im Bildungssystem einen rapiden Wertewandel in der japanischen Gesellschaft auslösten, der sich jedoch nicht in der gesamten Bevölkerung vollzog, sondern vorwiegend innerhalb des jüngeren, städtischen, besser gebildeten und gewerkschaftlich organisierten Bevölkerungssegments. Hieraus entwickelte sich demzufolge eine scharfe kulturelle Konfliktlinie zwischen diesem Bevölkerungsteil, der die progressiven Parteien stützte, und dem älteren, ländlichen, schlechter gebildeten und nicht gewerkschaftlich organisierten, der den Rückhalt der Konservativen bildete.

ein damit einhergehender sozialer und berufsstruktureller Wandel, der zu einer Abnahme der traditionellen konservativen Wählerschicht und im Zusammenhang damit zu stetigen Stimmenverlusten der LDP führte. Da sich die SPJ jedoch weiterhin fast ausschließlich auf die gleichfalls abnehmende Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten stützte, schrumpften auch ihre Unterstützergruppen stetig. Diese Prozesse begünstigten eine Pluralisierung des Parteiensystems, die sich in der Entstehung von DSP (Demokratisch-Sozialistische Partei; *Minshu shakai tô*) und *Kômeitô* (Partei für saubere Politik) als neuen Parteien der Mitte niederschlug.

Angesichts der mit der Abnahme der Kernwählerschaften einhergehenden Erosion von Wählerbindungen kann seit Anfang der 70er-Jahre — ebenso wie in anderen Industriestaaten — ein "Auftauen" des Parteiensystems und der Wählerbindungen beobachtet werden. Zwei Prozesse begünstigten eine Lockerung der Parteibindungen (*dealignment*): Zum einen führte der allgemeine Anstieg des Lebensstandards insbesondere zwischen 1970 und 1980 zu einer Erosion der allgemeinen Wahrnehmung der Konfliktlinie zwischen Kapital und Arbeit, zum anderen schwächte sich die kulturelle Konfliktlinie aufgrund des Generationenwechsels ab.

Die Untersuchung der zeitlichen Veränderung der *cleavages* und Kontextvariablen zeigte, dass bei reduzierten Gruppengrößen die Allianzen zwischen der LDP und ihren traditionellen Unterstützergruppen nach wie vor intakt sind und die Partei auch in den 90er-Jahren ihre Wählerschaft vorwiegend in der alten Mittelschicht, der Landbevölkerung und dem älteren, weniger gebildeten Bevölkerungssegment fand. Im Gegensatz hierzu verlor die SPJ über den Zeitverlauf rapide an Zustimmung unter ihren Stammwählern (Schmidt 2001: Kap. 5.1). *Dealignment*-Trends sind seit den frühen 70er-Jahren vor allem für diejenigen Gruppen und Schichten nachzuweisen, die in den 50er- und 60er-Jahren eine Präferenz der linken Parteien zeigten. Wie aus Tabelle 1 hervorgeht, veränderten sich die sozialstrukturellen Merkmale derjenigen, die bei Umfragen angaben, keine Partei zu unterstützen, deutlich. So setzte sich die Nichtunterstützerschicht (*seitô shiji nashi sô/ mutôha sô*) in den 60er-Jahren überwiegend aus den älteren, schlechter gebildeten, in Landwirtschaft, Forsten und Fischerei Beschäftigten sowie den Selbstständigen zusammen. Im Gegensatz hierzu besteht diese Gruppe in den 80er- und 90er-Jahren überwiegend aus den jüngeren, besser gebildeten, abhängig Beschäftigten in den Großstädten, also aus jenen Wahlberechtigten, aus denen die Linksparteien zuvor ihre Unterstützerschaft rekrutierten. Es kann somit eine klare Verschiebung von "apolitischen Nichtunterstützern" hin zu "hochinformierten Nichtunterstützern" festgestellt werden (Inglehart 1990: 363), die entweder gar nicht wählen, zu wechselndem Wahlverhalten tendieren oder Kandidaten präferieren, die keine Bindung zu einer Partei aufweisen. Diese Tendenz manifestiert sich auf lokaler Ebene, wo die Zahl der unabhängigen Kandidaten stark angestiegen ist und im Jahr 1999 einen Höchststand erreichte (Pohl 1998: 23).

**Tabelle 1: Sozialstrukturelle Merkmale der Nichtunterstützerschicht 1966-94 (in %)**

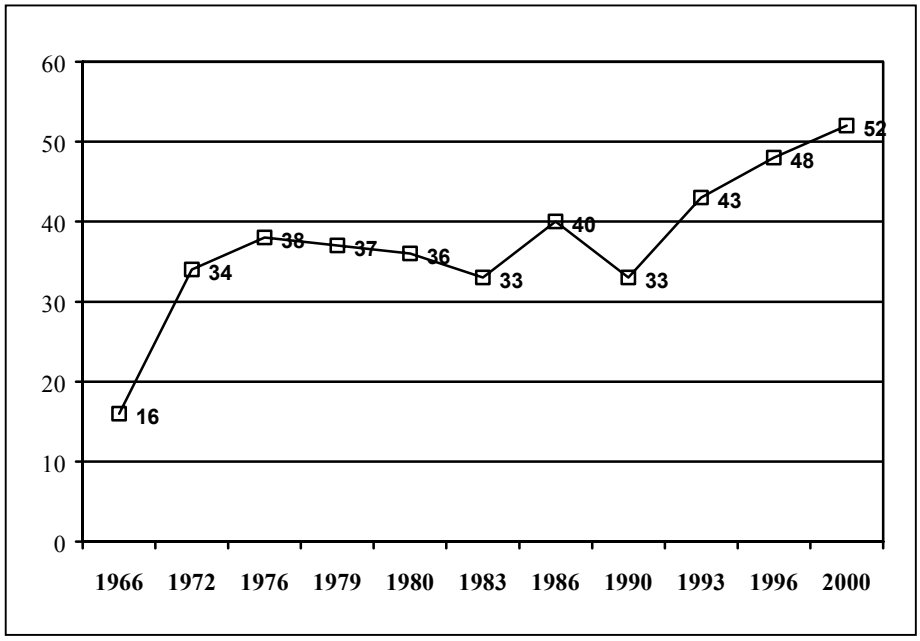
| **Jahr** | **1966** | **1987** | **1990** | **1994** |
|---|---|---|---|---|
| **Gesamt** | **16** | **40** | **31** | **36** |
| **Alter** | | | | |
| 20-24 | 21 | 61 | 59 | 59 |
| 25-29 | 14 | 61 | 47 | 53 |
| 30-39 | 12 | 45 | 44 | 42 |
| 40-49 | 11 | 37 | 31 | 38 |
| 50-59 | 15 | 35 | 27 | 31 |
| 60+ | 30 | 31 | 21 | 28 |
| **Bildung** | | | | |
| Pflichtschulbildung | 19 | 35 | 26 | 29 |
| Sekundärschulbildung | 11 | 40 | 32 | 35 |
| Universität/College | 8 | 46 | 36 | 43 |
| **Beruf** | | | | |
| Abhängig Beschäftigte | 12 | 43 | - | - |
| Leitende Angestellte | - | - | 24 | 32 |
| Angestellte | - | - | 35 | 46 |
| Industriearbeiter/Andere Arbeiter | - | - | 32 | 34 |
| Arbeiter im Dienstleistungsgewerbe | - | - | 38 | 39 |
| Selbstständige (Industrie, Handel, Dienstleistungsgewerbe) | 14 | 30 | 23 | 34 |
| Beschäftigte in Landwirtschaft/ Forsten und Fischerei | 18 | 15 | 16 | 21 |
| Andere | | | 35 | 35 |
| **Wohnort** | | | | |
| Großstädte | - | - | 38 | 40 |
| Städte über 100.000 Einwohner | - | - | 32 | 37 |
| Städte unter 100.00 Einwohner | - | - | 28 | 37 |
| Gemeinden und Dörfer | - | - | 28 | 30 |

Quelle: 1966 und 1987: *Akarui senkyo suishin kyôkai* 1987: 26ff., 1990 und 1994: *Akarui senkyo suishin kyôkai* 1990: 36 und 1994: 36. Anm.: Großstädte: die 12 größten Städte 1990; die 13 größten Städte 1994.

Zudem zeigt sich nicht nur eine deutliche Veränderung in der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Nichtunterstützerschicht, sondern auch eine merkliche quan-

titative Zunahme. Wie aus Schaubild 1 hervorgeht, stieg ihre Zahl zu Anfang der 70er-Jahre erheblich an und blieb bis Mitte der 80er-Jahre relativ konstant. Über die 90er-Jahre zeigt die Quote erneut einen starken Anstieg und überschritt im Jahr 2000 50% der Wahlberechtigten (vgl. Schaubild 1).

**Schaubild 1: Nichtunterstützerschicht 1966-2000 (in %)**




Quelle: 1966: *Akarui senkyo suishin kyôkai* 1987: 28; 1972-93: *Asahi shinbun* nach Watanabe 1994: 119; 1996: *Asahi shinbun* (10.1.1996): 7; 2000: *Asahi shinbun* (21.6.2000): 13. Die Angaben umfassen in allen Fällen die Items "unterstütze keine Partei" und "weiß nicht".

Die Entwicklungen seit Anfang der 90er-Jahre zeigen, dass der mit einer sinkenden Wahlbeteiligungsrate einhergehende *dealignment*-Trend die Instabilität des Parteiensystems begünstigte. Ende der 80er-Jahre erschütterte eine Reihe politischer Skandale Japan. Die Verhaftung des Vorsitzenden der größten Faktion innerhalb der LDP[2] im Zuge des Sagawa-Kyûbin-Skandals[3] löste innerparteiliche Machtkämpfe um die Faktionsführung aus, ohne erkennbare interessenbezogene oder programmatische Differenzen, die 1993 schließlich in der Abspaltung verschiedener Gruppen

2 Die LDP ist seit ihrer Gründung in rivalisierende Faktionen (*habatsu*) gespalten, die in den Parteistatuten nicht vorgesehen sind.

3 Sagawa-Kyûbin-Skandal: 1992 wurde publik, dass der Präsident von Sagawa Kyûbin, dem zweitgrößten Speditionsunternehmen Japans, eine Liste von Spendenempfängern geführt hatte, auf der über 200 LDP-Parlamentarier und Oppositionspolitiker verzeichnet waren, darunter auch fünf ehemalige Ministerpräsidenten. Außerdem wurde die genaue Höhe der Spendengelder mit Beträgen zwischen 800 Mio. Yen und 10,8 Mrd. Yen aufgelistet, die als "Spenden" gezahlt worden waren. Vgl. Pohl, 1992: 42f.

und einem kurzfristigen Machtverlust der Partei mündeten. Diese Spaltung führte zu einem fragmentierten, sich permanent umstrukturierenden Oppositionslager, wobei vor allem drei Prozesse der Formierung von Bedeutung waren: die Auflösung der Mehrzahl der bestehenden Oppositionsparteien und die Gründung der *Shinshintô* (Neue Fortschrittspartei) 1994,[4] die Spaltung der SDPJ (früher SPJ)[5] 1996 und schließlich die Auflösung der *Shinshintô* und die damit einhergehende Neuformierung des Parteiensystems 1997/98. Da es den neu entstandenen Parteien, denen es an programmatischen Alternativen zur LDP mangelt, bisher offenbar nicht gelungen ist, ein *alignment* mit den organisatorisch ungebundenen Wählerschichten herbeizuführen, bleibt es zweifelhaft, ob sie sich auf Dauer im System etablieren können. Weitere Umgruppierungen erscheinen somit wahrscheinlich. Im Unterschied zum Parteiensystem der 50er- und 60er-Jahre basiert die gegenwärtige Struktur kaum mehr auf sozialstrukturellen Gegebenheiten. Genuin politische Faktoren, wie die politischen Skandale oder der Machtkampf der Eliten, scheinen diese direkter zu beeinflussen. Aufgrund der Bevorteilung der LDP durch das Wahlsystem, die auch durch die jüngsten Reformen nicht beseitigt wurde,[6] ist die Stellung der Partei nach wie vor dominant, während die SDPJ politisch bedeutungslos wurde.

## 4 Die Rekrutierung politischer Repräsentanten in Japan

Das Auftauen des Parteiensystems und der Wählerbindungen in Japan wurde begleitet von einer Verselbstständigung der politischen Elite der LDP von den gesamtgesellschaftlichen Strukturen. Die Primäruntersuchung der Unterhausabgeordneten auf der Basis des japanischen Parlamentshandbuches *Seikan yôran* (1999) ergab, dass sich unter den Parlamentariern von LDP und linker Opposition von SDPJ und

4 Im August 1994 einigten sich die bestehenden Oppositionsparteien (außer SDPJ und KPJ) und einige Unabhängige auf die Gründung der *Shinshintô*, die formell am 10. Dezember 1994 erfolgte. Aus beiden Häusern des Parlaments traten insgesamt 214 Abgeordnete der Partei bei, die damit zur zweitstärksten parlamentarischen Kraft nach der LDP wurde. Das Motiv für die Gründung der Partei dürfte in der Hoffnung gelegen haben, mit diesem Schritt ein Zweiparteiensystem mit einer großen Oppositionspartei etablieren zu können. Zu Ende des Jahres 1996 traten einige frühere LDP-Politiker aus der *Shinshintô* aus und gründeten eine kurzfristige neue Gruppierung. Im Verlaufe des Jahres 1997 folgten weitere Austritte bis zur schließlichen Auflösung der Partei am 28.12.1997. Der Auflösungsprozess wurde durch ein Votieren der Partei für Gesetzesvorlagen der LDP beschleunigt. Diese Zusammenarbeit mit den Konservativen kritisierte insbesondere die ehemalige *Kômeitô*, die — ebenso wie die anderen Gruppierungen — als Partei in der Partei weiterexistierte (Pohl 1998: 19f.).

5 Im Jahr 1986 hatte die Partei ihr marxistisch geprägtes Programm durch eine sozialdemokratische Programmatik ersetzt und sich in Sozialdemokratische Partei Japans (SDPJ) umbenannt. Allerdings erfolgte die Namensänderung nur in der englischen Übersetzung des Parteinamens. Im Japanischen behielt die Partei ihren alten Namen bis 1999 bei.

6 Im Jahr 1994 wurde ein seit langem gefordertes reformiertes Wahlgesetz für Öffentliche Ämter verabschiedet. Allerdings wurden wesentliche Reformziele verfehlt, wie die Stärkung der Parteien, die Schwächung von persönlichen Unterstützergruppen und damit die Verringerung politischer Korruption sowie – vor allem – die Reduzierung der die LDP begünstigenden Stimmenungleichwertigkeit. Bei den ersten Wahlen nach dem revidierten System im Jahr 1996 erreichte die LDP mit lediglich 35,7% der Stimmen 47,8% der Mandate. Dies entspricht einem *bias*-Wert von +12,1%, dem höchsten in der Nachkriegsgeschichte für die LDP überhaupt. Am ungünstigsten war die Relation für die KP, die mit 12,8% der Mandate nur 5,2% der Mandate erreichte. Vgl. Klein 1998; Schmidt 2001, Kap. 4.1.4.

KPJ seit 1946 ein Wandel von Amateur-Politikern hin zu einer spezialisierten Berufspolitikerschaft vollzogen hat (Schmidt 2000: Kap. 6.2). Obwohl dieser Professionalisierungsprozess für beide politische Lager festgestellt werden kann, zeigen sich darüber hinaus kaum Gemeinsamkeiten in den relevanten Strukturmustern und Selektionsfiltern der Rekrutierungsprozesse; vielmehr wurden fundamentale Unterschiede bezüglich der Rekrutierungsmechanismen deutlich.

Der Prozentsatz an weiblichen Abgeordneten unter den Parlamentariern der linken Opposition liegt mit über 20% um das Zehnfache über ihrem Anteil in der LDP (1,9%). Der niedrige Gesamtanteil weiblicher Abgeordneter im Parlament ist aufgrund der Mehrheitsverhältnisse somit direkter Ausdruck des extrem niedrigen Frauenanteils unter den LDP-Parlamentariern (vgl. Tab. 2).

Weiter ergab die Untersuchung, dass die LDP-Abgeordneten — ebenso wie die bürokratischen und wirtschaftlichen Führungsgruppen[7] — überwiegend Abschlüsse an einer der wenigen Eliteuniversitäten und hier wiederum an bestimmten Fakultäten aufweisen. Dies lässt auf die herausragende Bedeutung von "akademischen Cliquen" (*gakubatsu*) für die Kommunikation der Eliten aus Wirtschaft, Ministerialbürokratie und LDP schließen. Zudem zeigte sich eine starke Beschränkung auf die Berufsfelder "Sekretär eines Abgeordneten", "Wirtschaft" und "Ministerialbürokratie".

Für die Abgeordneten der linken Opposition hingegen ergab sich eine breite Streuung sowohl der Universitäten als auch der Studienabschlüsse; ein Studium an einer Eliteuniversität ist somit für deren Rekrutierung von weitaus geringerer Bedeutung als für die LDP-Abgeordneten. Die wichtigsten Rekrutierungsfelder der linken Opposition waren die Parteien, die Gewerkschaften, die Bereiche "Jurisprudenz" sowie

*daigishi*), die ihr Mandat vom Vater oder einem nahem Verwandten "geerbt" hatten, wohingegen dies auf keinen Abgeordneten der linken Opposition zutraf. Hier zeigen sich signifikante Überschneidungen mit den anderen Karrieremustern: Am höchsten ist der Anteil der "Erbabgeordneten" in der Gruppe derjenigen, die im Verlauf ihrer Karriere eine Tätigkeit als Sekretär eines Abgeordneten ausübten, am niedrigsten unter den ehemaligen Ministerialbeamten. Dies erklärt sich daraus, dass sich die "Erben" bereits frühzeitig, zumeist als Sekretär des Vaters, auf eine Tätigkeit als Politiker vorbereiten (Schmidt 2001: 237ff.). Diese Form der Nachfolgedesignation durch Vererbung kann als eine Traditionalisierung des politischen Mandats im Sinne Max Webers (1976: 144f.) bezeichnet werden.[9]

**Tabelle 2: Sozialstrukturelle Merkmale der Parlamentarier von LDP und SDPJ/ KPJ im Vergleich**

| | **LDP** | | **SDPJ/ KPJ** | |
|---|---|---|---|---|
| **Geschlecht** | **N=** | **in %** | **N=** | **in %** |
| Männlich | 261 | 98,1 | 31 | 77,5 |
| Weiblich | 5 | 1,9 | 9 | 22,5 |
| N= | 266 | 100 | 40 | 100 |
| **Schulbildung** | **N=** | **in %** | **N=** | **in %** |
| Andere | 29 | 10,9 | 10 | 25,0 |
| Universität/College | 237 | 89,1 | 30 | 75,0 |
| N= | 266 | 100 | 40 | 100 |
| **Ort der Universitätsausbildung** | **N=** | **in %** | **N=** | **in %** |
| Tôdai *(Juristische Fakultät)* | 58 (45) | 24,5 (19,0) | 4 (1) | 13,3 (3,3) |
| *Kyôdai*/Hitotsubashi | 11 | 4,6 | 2 | 6,7 |
| Waseda/Keiô | 72 | 30,4 | 2 | 6,7 |
| Andere | 96 | 40,5 | 22 | 73,3 |
| N= | 237 | 100 | 30 | 100 |
| **Studienfächer** | **N=** | **in %** | **N=** | **in %** |
| Juristische Fakultät | 102 | 43,0 | 4 | 13,3 |
| Fakultät für Wirtschaft/Management/Handel | 51 | 21,5 | 2 | 6,7 |

9 Das Phänomen des "Vererbens" von Mandaten gründet in der Struktur der LDP. So verfügt jeder LDP-Politiker in seinem Wahlkreis über persönliche, nicht in die offizielle Parteistruktur integrierte Unterstützergruppen (*kôenkai*), die aufgrund der Vernetzung von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aktivitäten einerseits und der Wahlunterstützung für einen Kandidaten andererseits nicht einfach aufgelöst werden können. Auch liegt es im Interesse der dort vorherrschenden Patron-Klient-Beziehung zwischen Wähler und Gewählten, im Falle des Rücktritts oder Todes eines Abgeordneten einen geeigneten Nachfolger einzusetzen. Es liegt die Vermutung nahe, dass die Institutionalisierung der *kôenkai* dem Vollzug von Veralltäglichungsinteressen der Anhängerschaft dient, deren Ziel die Sicherung ökonomischer Chancen ist.

| | **LDP** | | **SDPJ/ KPJ** | |
|---|---|---|---|---|
| Naturwissenschaftliche/Technische Fakultät | 16 | 6,8 | 5 | 16,7 |
| Fakultät für Politik und Wirtschaft | 22 | 9,3 | 2 | 6,7 |
| Literaturwissenschaftliche Fakultät | 7 | 3,0 | 3 | 10,0 |
| Erziehungswissenschaftliche Fakultät | 3 | 1,3 | 5 | 16,7 |
| Andere | 17 | 7,2 | 6 | 20,0 |
| K.A. | 19 | 8,0 | 3 | 10,0 |
| N= | 237 | 100 | 30 | 100 |
| **Beruflicher Hintergrund** | **N=** | **in %** | **N=** | **in %** |
| Partei (Sekretär eines Abgeordneten) | 79 | 29,7 | 1 | 2,5 |
| Partei | 13 | 4,9 | 14 | 35,0 |
| Ministerialbürokratie | 53 | 19,9 | 0 | 0 |
| Tätigkeit in der Wirtschaft/Unternehmer | 49 | 18,4 | 0 | 0 |
| Gewerkschaft | 0 | 0 | 8 | 20,0 |
| Anwalt | 3 | 1,1 | 4 | 10,0 |
| Tätigkeit in Lehre und Wissenschaft | 13 | 4,9 | 4 | 10,0 |
| Andere | 28 | 10,5 | 8 | 20,0 |
| K.A. | 28 | 10,5 | 1 | 2,5 |
| N= | 266 | 100 | 40 | 100 |
| **Berufsstatus** | **N=** | **in %** | **N=** | **in %** |
| Leitende Angestellte | 72 | 27,1 | 1 | 2,5 |
| Angestellte | 135 | 50,8 | 32 | 80,0 |
| Selbstständige | 29 | 10,9 | 4 | 10,0 |
| Arbeiter | 1 | 0,4 | 1 | 2,5 |
| Andere und K.A. | 29 | 10,9 | 2 | 5,0 |
| N= | 266 | 100 | 40 | 100 |

Quelle: Eigene Auswertung auf Basis des *Seikan yôran* 1999.

Man kann somit festhalten, dass für die Rekrutierung der Parlamentarier der LDP bestimmten Eliteuniversitäten, den Rekrutierungsbereichen "Ministerialbürokratie" sowie "Wirtschaft" und der Praxis des "Erbens" des politischen Mandats eine überragende Bedeutung zukommt. Die Beschränkung auf elitäre Rekrutierungsfelder führt ebenso wie das Vererben von Mandaten zu einer erheblichen Einschränkung

des Zugangs zum Abgeordnetenamt. Die hieraus resultierende Verselbstständigung der politischen Elite der LDP von der Sozialstruktur bewirkt, dass eine demokratische Repräsentation kaum mehr gegeben ist. Diese Formen der Rekrutierung wirken hinsichtlich einer Verfestigung des konservativen politischen Establishments zu einer politischen Elite, die sich einerseits selbst reproduziert und andererseits eng verflochten ist mit den Machtgruppen aus Ministerialbürokratie und Wirtschaft. Eine Kohärenz der Berufspolitikerschaft in ihrer Gesamtheit kann aufgrund der großen Unterschiede in den Rekrutierungsmustern und Selektionsfiltern von LDP und linker Opposition nicht festgestellt werden.

## 5 Konklusion

Versteht man die *cleavage*-Theorie als ein dynamisches Entwicklungsmodell der Abfolge des "Einfrierens" und "Auftauens" von Parteiensystemen und Wählerbindungen, so bietet sie nicht nur einen theoretischen Interpretationsrahmen für die Entstehung von Parteiensystemen, sondern auch für die Entwicklung von etablierten Parteiensystemen über den Zeitverlauf, wie durch die Analyse der japanischen Verhältnisse deutlich wurde.

Im japanischen Parteiensystem der 50er- und 60er-Jahre waren vor allem zwei längerfristige politische Hauptkonfliktlinien relevant: Zum einen eine ökonomische Konfliktlinie, die auf dem Konflikt zwischen Kapital und Arbeit beruhte, zum anderen eine kulturelle Konfliktlinie, die entlang einem *value-cleavage* von "modern" versus "traditionell" verlief. Nach 1945 formierte sich die SDPJ (früher SPJ) als Vertretung der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer und der städtischen, besser gebildeten Nachkriegsgeneration, während sich die LDP — spiegelbildlich hierzu — als Interessenvertretung der alten Mittelschicht und der ländlichen, schlechter gebildeten Kriegs- und Vorkriegsgeneration organisierte. Das 1955 formierte Parteiensystem Japans beruhte somit ursächlich auf sozialstrukturell verfestigten Konfliktstrukturen.

Die mit der auch nach 1945 schwachen Entwicklung des sekundären Sektors einhergehende quantitative Schwäche der Industriearbeiterschaft führte zu einer mangelnden Verankerung der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung in der Gesellschaft. Dies limitierte den Einfluss linker Parteien und begünstigte die Persistenz traditionaler Machtstrukturen.

Angesichts der Abnahme der Kernwählerschaften aufgrund einer Lockerung der Beziehung zwischen der politischen Linken und ihren Stammwählerschaften einerseits und einem quantitativen Schrumpfen der traditionellen konservativen Kernwählerschaften andererseits ist jener Teil der Wählerschaft angewachsen, um den die Parteien konkurrieren. Da sich die Parteien jedoch nicht von ihren Herkunftsmilieus lösten und zu *catch-all*-Parteien entwickelten, wächst die Zahl derjenigen, die keine Partei unterstützen und entweder an aktuellen Themen orientiert und frei von traditionellen Bindungen ihre Wahlentscheidung treffen oder sich der Wahl gänzlich enthalten.

Dieses "Auftauen" des Parteiensystems und der Wählerbindungen bewirkte eine Instabilität des Parteiensystems mit einem fragmentierten, sich permanent umstruk-

turierenden Oppositionslager, dessen Entwicklung nicht ursächlich auf sozialstrukturelle Konfliktlinien zurückgeführt werden kann.

Die genannten Prozesse führten zu einer entscheidenden Schwächung der politischen Linken und zur Bedeutungslosigkeit der ehemals größten Oppositionspartei SDPJ. Hingegen ist die seit 1955 beherrschende Stellung der LDP im Parteiensystem nach wie vor weitgehend intakt, was vor allem begründet liegt in dem stetigen Anwachsen der Nicht- und Wechselwählergruppen, der ausgeprägten Fragmentierung des Parteiensystems und der Bevorteilung der Partei durch das Wahlsystem, die auch nach der halbherzigen Reform desselben bestehen blieb, weshalb nach wie vor nicht von einem für alle Parteien gleichen Wahlrecht gesprochen werden kann. Es ist daher nicht anzunehmen, dass es mittelfristig zu einem Wechselspiel der Rollen von Regierung und Opposition kommen wird.

Die Monopolisierung der politischen Machtstrukturen und ihre Traditionalisierung durch die Vererbung von Mandaten geht einher mit einer Tendenz zur Verselbstständigung der politischen Elite der LDP von der Sozialstruktur und zur Bildung einer geschlossenen Machtgruppe, womit eine demokratische Repräsentation zunehmend weniger gewährleistet scheint. Angesichts der Dominanz der LDP als Regierungspartei ist dies ein sich selbst verstärkender Mechanismus.

Die starke Zunahme jener Gruppe innerhalb der wahlberechtigten Bürgerschaft, die keine Partei unterstützt, ist Ausdruck der Tatsache, dass die Interessen breiter gesellschaftlicher Schichten nicht mehr organisiert und in das bestehende politische System vermittelt werden. Somit repräsentiert dieses nur noch die von der LDP vertretenden Strukturen und korporativen Interessen. Eine Institutionalisierung von oppositionellem Bewusstsein im politischen System findet kaum mehr statt, da es den bestehenden Parteien offenbar nicht gelingt, ein *alignment* oder *realignment* der organisatorisch ungebundenen Wählerschichten herbeizuführen und diese dauerhaft an sich zu binden. Eine fortschreitende Verselbstständigung des politischen Systems von den gesamtgesellschaftlichen Strukturen stellt aber zunehmend seine demokratische Legitimation und Akzeptanz in Frage.

## Literatur

Abe, Hitoshi/Muneyuki Shindo/Sadafumi Kawato (1995): *The Government and Politics of Japan.* Tôkyô: University of Tôkyô Press. Originalausgabe: *Gaisetsu gendai Nihon no seiji*. Übers. von James W. White. Tôkyô: University of Tôkyô Press, 1990

Akarui senkyo suishin kyôkai, Hg. (1987): *Senkyo ni kansuru zenkoku ishiki chôsa* (Gesamtjapanische Umfrage zum Bewusstsein bezüglich Wahlen). Tôkyô

----- (1990): *Dai sanjûkyûkai shûgiin sôsenkyo no jittai — chôsa kekka no gaiyô* (Die aktuelle Situation nach der 39. Allgemeinen Wahl zum Unterhaus: Überblick über die Umfrageergebnisse). Tôkyô

----- (1994): *Dai yonjûkai shûgiin sôsenkyo no jittai — chôsa kekka no gaiyô* (Die aktuelle Situation nach der 40. Allgemeinen Wahl zum Unterhaus: Überblick über die Umfrageergebnisse). Tôkyô

Flanagan, Scott C./Bradley M. Richardson (1977): *Japanese Electoral Behaviour: Social Cleavages, Social Networks and Partisanship*. Sage Contemporary Political Sociology Series Nr. 06-024. London: Sage

Flanagan, Scott C./Steven R. Reed (1996): "Politics in Japan", in: *Comparative Politics Today*. Hrsg.: Gabriel Almond and G. Bingham Powell Jr., New York: Harper Collins, 6. Ed., S. 327-379

Flora, Peter (2000): "Einführung und Interpretation", in: *Staat, Nation und Demokratie in Europa.* Die Theorie Stein Rokkans aus seinen gesammelten Werken rekonstruiert und eingeleitet von Peter Flora. Hrsg.: Ders., Frankfurt/ Main: Suhrkamp, S. 17-119

Inglehart, Ronald (1990): *Cultural Shift in Advanced Industrial Society.* Princeton: Princeton University Press

Kerbo, Harold R./John A. McKinstry (1995): *Who Rules Japan? The Inner Circles of Economic and Political Power*. Westport, Connecticut und London: Praeger

Kitagawa Takayoshi/Kainuma Jun (1985): *Nihon no erîto* (Die Elite Japans). Tôkyô: Otsuki shoten

Klein, Axel (1998): *Das Wahlsystem als Reformobjekt. Eine Untersuchung zu Entstehung und Auswirkung politischer Erneuerungsversuche am Beispiel Japan.* Bonn: Bier`sche Verlagsanstalt

Lipset, Seymour M./Stein Rokkan (1967): "Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction", in: *Party Systems and Voter Alignments: Cross National Perspectives.* Hrsg.: Dies., New York: The Free Press, S. 1-64

Masumi, Junnosuke (1992): "The 1955 System: Origin and Transformation", in: *Creating Single-Party Democracy: Japan's Political System.* Hrsg.: Tetsuya Kataoka, Stanford, California: Hoover Institution Press, S. 34-54

Pohl, Manfred (1992): "Innenpolitik 1991/92: Höhepunkte und Tendenzen", in: *Japan — Politik und Wirtschaft.* Hrsg.: Ders., Hamburg: Institut für Asienkunde S. 19-80

----- (1998): "Innenpolitik 1997/ 98", in: *Japan 1997/98 — Politik und Wirtschaft,* a.a.O., S. 19-30

Schmidt, Carmen (2001): *Sozialstruktur und politisches System in Japan: Gesellschaftliche Konfliktlinien, politische Repräsentation und die Formierung der Wählerschaft.* Marburg: Tectum

*Seikan yôran* (Verzeichnis der Politik und Verwaltung). Tôkyô: Seisaku jihô-sha

Stockwin, J. A. A. (1992): "The Japan Socialist Party: Resurgence After Long Decline", in: *The Japanese Party System.* Hrsg.: Ronald J. Hrebenar, Boulder: Westview Press, S. 81-115

Watanabe Masao (1994): "Gendai Nihon ni okeru kaikyû kakusa to sono koteika" (Die Klassenunterschiede im Japan der Gegenwart und ihre Festschreibung), in: *Hitotsubashi daigaku kenkyû nenpô* 33, 10, S. 77-123

Watanuki, Joji (1967): "Patterns of Politics in Present Day Japan", in: *Party Systems and Voter Alignments: Cross National Perspectives*. Hrsg.: Seymour M. Lipset und Stein Rokkan, New York: Free Press, S. 447-466

----- (1991): "Social Structure and Voting Behaviour", in: *The Japanese Voter.* Hrsg.: Scott C. Flanagan, Shinsaku Kohei, Ichiro Miyake, Bradley M. Richardson und Joji Watanuki, New Haven und London: Yale University Press, S. 49-83

Weber, Max (1976 [1922]): "Die Typen der Herrschaft", in: *Wirtschaft und Gesellschaft.* Hrsg. Johannes Winckelmann, 1. Halbband, 5. rev. Auflage, Tübingen: Mohr, 1976, S. 122-176